

# Stenographisches Protokoll.

## 18. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Freitag, den 23. Mai 1919.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über den Antrag der Abgeordneten Partik, Heindl, Kollmann und Genossen (48 der Beilagen), betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen (222 der Beilagen). — 2. Bericht des Verfassungsausschusses, betreffend die Immunitätsangelegenheit des Abgeordneten Josef Stöckler (227 der Beilagen). — 3. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Vorlage der Staatsregierung (115 der Beilagen), betreffend die Wiederbesiedlung gelegter Bauerngüter und Häusleranwesen (Wiederbesiedlungsgesetz) (194 der Beilagen). — 4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (224 der Beilagen), betreffend die Außerkraftsetzung des Gesetzes vom 22. November 1918, St. G. Bl. Nr. 36, über die Verwendbarkeit der von der Salzburger Landesversammlung auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (239 der Beilagen).

## Inhalt.

### Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 407).

Angelobung des an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Johann Mayer einberufenen Abgeordneten Dr. Karl Buresch (Seite 407).

### Verhandlung.

Fortsetzung der Debatte über den Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über den Antrag der Abgeordneten Partik, Heindl,

Kollmann und Genossen (48 der Beilagen), betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen (222 der Beilagen) — Redner: die Abgeordneten Buchinger [Seite 407], Thanner [Seite 413], Schiegl [Antrag auf Schluß der Debatte — Seite 417] — Generalredner Partik [Seite 417], Berichterstatter Kollmann [Seite 422] — Annahme der Anträge [Seite 422 und 423].

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, betreffend das Gesetz (115 der Beilagen) über die Wiederbesiedlung gelegter Bauerngüter und Häusleranwesen (Wiederbesiedlungsgesetz) (194 der Bei-

lagen — Redner: Berichtstatter Buchinger [Seite 423] — Antrag auf Rückverweisung des Berichtes an den Ausschuß [Seite 423] — Annahme des Antrages [Seite 423]).

### Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Zurücklegung des Mandates als Mitglied des Ausschusses für

soziale Verwaltung seitens des Abgeordneten Stocker und die Zurücklegung des Mandates als Ersatzmann im Ausschusse für soziale Verwaltung seitens des Abgeordneten Dr. Ungerer (Seite 423).

Ersatzwahl des Abgeordneten Birchbauer als Mitglied des Ausschusses für soziale Verwaltung und des Abgeordneten Stocker als Ersatzmann im Ausschusse für soziale Verwaltung (Seite 423).

## Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. des Abgeordneten Krözl und Genossen, betreffend eine entsprechende Regelung der Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft (244 der Beilagen);
2. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Gewährung von Schadenersatz aus Anlaß der Plünderungen, der Verwüstungen und Brandstiftungen in Deutschösterreich (245 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Dr. Schürff, Pauly und Genossen, betreffend die Zulassung der Frauen zum Unterricht an der Wiener Kunstakademie (246 der Beilagen);
4. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Rückverlegung von in Innerösterreich und den Alpenländern geborenen, derzeit in tschecho-slowakischem, polnischem und jugoslawischem Gebiete befindlichen ehemaligen österreichischen Staatsangestellten nach Deutschösterreich (247 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Pauly und Genossen, betreffend die Errichtung einer technischen Hochschule in Linz (248 der Beilagen);

6. des Abgeordneten Pauly und Genossen, betreffend Ausbau und Erweiterung der Kunstgewerbeschule in Wien (249 der Beilagen);

7. der Abgeordneten Dr. Wutte, Dr. Gimpl und Genossen, betreffend die Auflösung der Geflügel- und Wildbretzentrale (250 der Beilagen).

### Anfrage

der Abgeordneten Farrer, R. Gruber, Kollmann und Genossen an den Staatssekretär für Außeres, betreffend Wegnahme von deutschösterreichischem Eigentum in Westungarn (Anhang I, 90.I).

**Beginn der Sitzung: 3 Uhr 25 Minuten nachmittags.**

Vorsitzende: Präsident **Seih**, zweiter  
Präsident **Häuser**.

Schriftführer: **Schönsteiner**, **Seidel**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: Dr. **Bratusch** für  
Justiz, **Stöckler** für Land- und Forstwirtschaft,  
Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe,  
Industrie und Bauten, Dr. **Deutsch** für Heer-  
wesen, **Paul** für Verkehrswesen, **Eldersch** des  
Innern.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** für  
Unterricht, **Miklas** für Kultus, Dr. **Wais** für  
Heerwesen, **Pflügl** für Auswärtiges.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom  
21. Mai ist unbeanstandet geblieben, es gilt  
daher als genehmigt.

Der Herr Abgeordnete **Schlager** hat sich  
krank gemeldet.

Der Ersatzmann des Abgeordneten **Johann  
Mayer**, der bekanntlich sein Mandat niedergelegt  
hat, Herr Dr. **Karl Buresch**, ist zum ersten Male  
als Abgeordneter im Hause erschienen. Ich lade  
ihn ein, die Angelobung zu leisten.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die An-  
gelobungsformel zu verlesen. (*Schriftführer Schön-  
steiner verliest die Angelobungsformel. — Abge-  
ordneter Dr. Karl Buresch leistet die Ange-  
lobung.*)

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Der erste Gegenstand derselben ist die Fort-  
setzung der Verhandlung über den Bericht des  
Ausschusses für Handel und Gewerbe, In-  
dustrie und Bauten über den Antrag der  
Abgeordneten **Partik**, **Heinl**, **Kollmann** und  
**Genossen** (48 der Beilagen), betreffend den  
schleunigen Abbau der Zentralen (222 der  
Beilagen).

Nächster Redner ist der Pro-Redner Abge-  
ordneter **Buchinger**; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Buchinger:** Hohes Haus!  
Ich fühle mich als Vertreter der Bauernschaft be-  
rufen, zu dem Gegenstande, betreffend den Abbau

der Zentralen, das Wort zu ergreifen. Als Obmann  
einer landwirtschaftlichen Genossenschaft mit Lager-  
hausbetrieb bin ich so recht in der Lage, über die  
Wirksamkeit und die Schäden der Zentralen sprechen  
und mir darüber ein selbständiges Urteil bilden zu  
können. War doch unsere Genossenschaft, welche zirka  
1000 Mitglieder umfaßt und deren Tätigkeit sich  
auf mehrere Gerichtsbezirke erstreckt, Kommissionär  
der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, der Futtermittel-  
zentrale usw., ich bin daher infolge meiner Tätigkeit  
als Obmann dieser Genossenschaft in der Lage, den  
ganzen Wert und die Tätigkeit der Zentralen, re-  
spektive ihre Auswüchse, kritisieren und mir ein  
selbständiges Urteil darüber bilden zu können. Ist  
doch die Genossenschaft, respektive der Kommissionär,  
das Bindeglied zwischen den Produzenten einerseits  
und der Zentrale andererseits und auf der anderen  
Seite ist der Kommissionär, wenn er auch die Ver-  
teilung der Lebensmittel zu besorgen hat, das  
Bindeglied zwischen der Zentrale und den Konju-  
menten.

Ein roter Faden, hohes Haus, war die Wirt-  
schaft der Zentralen während des Krieges und auch  
nach Abschluß des Waffenstillstandes. Gleich verhaßt  
bei Produzenten wie bei Konsumenten, haben die  
Zentralen eine Tätigkeit entwickelt, welche in das  
Leben des Staates sowie des Einzelnen verheerend  
eingegriffen hat. Die Zentralen wären berufen ge-  
wesen, die Produkte sicherzustellen, aufzubringen und  
in gerechter Weise an die einzelnen Konsumenten  
zur Verteilung zu bringen. Das haben sie gewiß  
nie und nimmer getan. Wurde eine Zentrale ge-  
gründet, so waren gewisse Kräfte gleich am Werke,  
um die Waren, mit Ausnahme der landwirtschaft-  
lichen Produktionsartikel, zum Verschwinden zu  
bringen. Diese Kreise waren genau informiert und so  
konnte sich der Schleichhandel zur höchsten Blüte  
entwickeln.

Wir wissen, daß infolge der Blockade mit  
den spärlich vorhandenen Lebensmitteln und Pro-  
duktionsartikeln sparsam gewirtschaftet werden mußte.  
Es war vielleicht in mancher Beziehung eine ge-  
wisse Zwangsbewirtschaftung gerechtfertigt, aber  
nicht eine Zwangsbewirtschaftung, die so ausartete,  
daß sie eine neue Geißel der Gesamtbevölkerung  
wurde.

Man gab sich mit einer einseitigen Zwangs-  
bewirtschaftung nicht zufrieden, sondern sie erfolgte  
sozusagen epidemisch für sämtliche Artikel. Nicht  
nur unsere Gegner haben die Aushungerung, hat  
den wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres alten

Staates bewirkt, auch die Zentralewirtschaft hat sicherlich das Nötige dazu beigetragen. (*Zustimmung.*) War ja die Wirtschaft der Zentralen, waren ja die sie begleitenden Verordnungen und verschiedenen Erlässe, die erlassen worden sind, im eigentlichen Sinne des Wortes produktionshindernd. Wir sollten doch unsere gesamte Kriegswirtschaft und auch die jetzige Wirtschaft im Zeichen der Produktionsförderung und nicht im Zeichen der Produktionshinderung führen.

Wir Bauern wissen ganz gut, daß eine gewisse Zwangsbewirtschaftung noch bestehen muß; wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß die staatliche Bewirtschaftung in ihrer Gesamtheit, daß die Wirtschaft der Zentralen, die zur Beseitigung schon überreiß sind, oder derjenigen, die nie eine Berechtigung hatten und auch heute nicht haben, ehestens zum Verschwinden gebracht werden müssen. Auf der anderen Seite ist eine gewisse Zwangsbewirtschaftung bei manchen Artikeln notwendig. Wir verlangen aber, daß sie in der Weise reorganisiert wird, daß die Zentralen das erfüllen, was sie der Allgemeinheit schuldig sind. Also Aufhebung der Zentralen, die nicht notwendig sind und Reorganisation derjenigen Zentralen, die noch unbedingt notwendig sind.

Hohes Hans! Nun muß ich mich ein wenig mit der Frau Abgeordneten freundlich befaßen. Sie hat in der letzten Sitzung erklärt, daß die Bauernschaft eigentlich die Hamsterer gezüchtet habe. Meine Herren! Wir Bauern in der Bezirkshauptmannschaft Tulln waren es, die zuerst gegen den Schleichhandel, gegen den Rucksackverkehr aufgetreten sind, wir haben verlangt, daß er eingestellt werde, denn wir, in der nächsten Nähe von Wien, haben ihn am meisten zu spüren bekommen. Die sogenannten Hamsterer, die Schleichhändler, sind so aggressiv aufgetreten, daß sich der Bauer in seiner eigenen Wirtschaft oft nicht sicher fühlte.

In unserer Bezirkshauptmannschaft wurde der Rucksackverkehr mit Kartoffeln im vorigen Jahre direkt eingestellt und 14 Tage lang hat es keinen gegeben. Was war die Folge? Daß die Stadt Wien als solche protestiert hat, sie hat die Einschränkung des Rucksackverkehrs nicht geduldet. Es wurde erklärt, daß der Rucksackverkehr die Stadt Wien eigentlich erhalten muß, gewiß ein charakteristisches Beispiel dafür, wie unfähig so manche zentrale Bewirtschaftung war, wenn sie nicht imstande war, die Versorgung zu regeln, so daß man behaupten mußte, der Rucksackverkehr erhalte die Stadt Wien.

Nun der Schleichhandel. Ich glaube mit dem ganzen Hause in Übereinstimmung zu sein, wenn ich sage, daß er von der ehemaligen Regierung geduldet, ja kultiviert worden ist. Ich als Bauer kann mir gar nicht vorstellen, daß die oberen

Zehntausend in den großen Städten und überhaupt im Reiche nicht besser versorgt gewesen sein sollten als die andern. Darum wurde der Schleichhandel von der ehemaligen Regierung geduldet! Wir sind sogar Fälle bekannt, wo Gemeinden beim ehemaligen Volksernährungsamt um eine Belieferung in gewissen Artikeln ansuchten, wo das Amt nicht in der Lage war, sie entsprechend zu beliefern, und sie selbst auf den Schleichweg verwies und sagte: Vielleicht könnt Ihr Euch für Eure Stadt, für Eure Konsumgemeinde im Schleichhandel etwas verschaffen. Und da will man unseren Bauern die Schuld geben? Die Städter waren es, die hinausgekommen sind und die Preise angetragen und überboten haben. Daß sich da mancher gefunden hat, der den Lockungen Gehör schenkte, ist sicher, aber der Großteil der Bauernschaft ist es nicht. Er hat das immer mehr oder weniger bekämpft. Wir würden es sehr begrüßen, wenn für die neue Ernte der Schleichhandel und der Rucksackverkehr eingestellt würden, aber so, daß ihm wirklich nichts mehr zur Verfügung steht. Dann können Sie versichert sein, daß die Produkte des Landwirtes dorthin kommen werden, wohin sie gehören, in die Lagerhäuser, in die Genossenschaftsverbände, und daß eine gleichmäßige Belieferung der Städter, der Konsumenten stattfinden wird.

Weiter wurde erwähnt, daß die Grundbücher der Bauern frei geworden sind. Zum großen Teil ist das wahr, aber das ist auf Kosten der Betriebsmittel der einzelnen Bewirtschafter geschehen. Schauen Sie heute in die Häuser der Bauern! Ein reduzierter Kinderstand, von einem Schweinebestand ist in meiner Gegend in den meisten Bezirkshauptmannschaften überhaupt gar keine Rede. Und schauen Sie sich Wagen und Pflüge des Bauern an! Mit dem Gelde, das der Bauer eingenommen hat, hat er vielleicht seine Hypothekenschulden zum Teil abbezahlt, aber wenn wieder normale Verhältnisse eintreten werden, wird er mehr ausgeben müssen, als er eingenommen hat, um wieder Betriebsmittel anzuschaffen und seine Wirtschaft wieder so führen zu können, wie es sein soll. (*Sehr richtig!*)

Eine andere Frage ist die Saatgutbeteiligung. Es ist schon gesagt worden, daß die Landwirte kein Saatgut mehr haben, speziell für Kartoffeln. Wenn heute, wo in Gegenden Niederösterreichs eine totale Mißernte war, Niederösterreich 120 Waggons Saatkartoffeln erhalten hat, wo sollen im Herbst Kartoffeln herkommen?

Gestatten Sie nun, meine Herren, daß ich mich etwas näher mit einigen zentralen Bewirtschaftungen befaße. Da ist die Futtermittelzentrale, die ihren Zweck nie erfüllt hat. Wenn ich Ihnen sage, daß wir Landwirte die abgelieferten Körner erhalten, wo wir berechtigt waren, die Pflichtkleie zu bekommen, so muß ich Ihnen auch mitteilen,

daß wir diese Pflichtkleie bis heute auch nicht zum geringsten Teil erhalten haben. Diese Pflichtkleie ist vorwiegend in die sogenannten Tierfutterfabriken gewandert, wir aber mußten minderwertige Schundprodukte zu hohen Preisen übernehmen. Der Höchstpreis für Kleie war 9 K. Ich habe Aufzeichnungen aus Büchern, aus denen hervorgeht, daß wir im Jahre 1917 das Rinderfutter, das vorwiegend aus Kartoffelkraut bestanden hat, mit 40 K bezahlen mußten, und wir mußten sogar die Bezirkshauptmannschaft bitten, um eine diesbezügliche Anweisung zu bekommen. Genau so war es mit dem Lufkullus, der mit 36 K verkauft wurde, und mit der Maiskolbenmelasse, die 37 K pro 100 Kilo gefostet hat. Ich erlaube mir, Ihnen vor Augen zu führen, daß die Gerste, also ein vollwertiges Produkt, pro 100 Kilogramm mit einem Höchstpreis von 37 K festgesetzt war, wo doch Gerste einen bedeutend höheren Nährwert hat, während wir das Minimalerfahersajsfutter — das war nämlich doppelter Ertrag — zu demselben Preise bezahlen mußten. Sie können sich denken, daß da in dem Landwirt die Lust und Liebe nicht erwacht ist. Die Futtermittelzentrale als solche, die uns mit solchen Artikeln ausstaffiert hat, wo das Edelgetreide, Weizen und Korn 40 K pro 100 Kilogramm gefostet hat, die ist es, die das Vieh in den Städten umgebracht und den Schweinebestand beinahe der Vernichtung anheimgegeben hat.

Ein Geschwisterkind dieser Futtermittelzentrale oder eigentlich zu ihr gehörig, ist die Raufuttermittelstelle, Abteilung für Heu und Stroh. Im Vorjahre hat diese Bewirtschaftung von Heu und Stroh und Futtermitteln gewiß eine Berechtigung insofern gehabt, als die ältesten Leute im ganzen Lande ein so trockenes Jahr nicht denken und unsere Futtermittelbestände infolgedessen sehr gering gewesen sind. Aber im Jahre 1918 war das nicht der Fall, da wir in diesem Jahre im großen und ganzen eine sehr gute Futterernte und eine noch bessere Rübenerte hatten. Hier war die zentrale Bewirtschaftung nicht mehr am Platz. Die Raufuttermittelstelle, Abteilung für Heu und Stroh, war trotz der guten Ernte nicht imstande, die Stadt Wien zu versorgen; die Wiener mußten zu ganz anderen Mitteln greifen, mußten auf dem Lande Wiesenpachtungen vornehmen. Diese Wiesenpachtungen wurden mit Transportbescheinigungen gedeckt und die Produkte dann nach Wien gebracht. Die Raufuttermittelstelle hat sich jedes Rechtes begeben, indem sie nicht imstande war, Wien zu versorgen. Heute bekommt man in der Futtermittelzentrale eine Transportbescheinigung und jeder kann einkaufen wo er will. Mit einem Wort, die Futtermittelzentrale ist nicht imstande etwas aufzutreiben, ihre ganze Tätigkeit besteht darin, Transportbescheinigungen gegen Gebühren auszustellen und

jeder kann sich dann kaufen, wo er etwas bekommt, die Raufuttermittelstelle als solche schaltet sich selbst aus.

Ich kann noch auf einen Umstand hinweisen. Es war im Jahre 1917. Uns war im Tullnerfeld das letzte Schieperl Stroh vom Boden heruntergenommen worden und im Marchfeld wurden die Bauern bittlich, daß das Stroh aus den Scheunen und Tristen zur Abfuhr gelangen solle. So, meine Herren, wurde gewirtschaftet. Die Raufuttermittelzentrale zahlte einen Höchstpreis von 25 K und in Wien war der Höchstpreis 62 K. (Hört! Hört!) Es ist also nicht, sowie letzthin die Frau Freundlich bemerkt hat, daß die Ursache Valutaschwierigkeiten waren, und daß etwa aus dem Auslande Heu und Stroh bezogen worden wäre. Ich war selbst Kommissionär für Heu und Stroh, aber aus dem Auslande ist nichts bezogen worden. Die Zentrale hat jedoch übermäßige Gewinne aus der Sache gezogen. Ich selbst war vorstellig und habe ersucht, man möge mir Aufklärung geben, wieso es kommt, daß der Erzeugungspreis 25 K beträgt, während der Höchstpreis 62 K ausmacht, woher also diese Differenz kommt. Da wurde mir die Antwort zuteil, daß aus den okkupierten Gebieten, aus Rußland, Rumänien und Serbien, Heu und Stroh importiert werden und diese Produkte sich so teuer stellen; deshalb wurde als Kompensation ein Ausgleichspreis von 62 K festgesetzt. Ich gab mich damit zufrieden und glaubte, es müsse so sein, aber auch einige Monate nach dem Zusammenbruch, als gewiß nichts mehr aus den okkupierten Gebieten hereingekommen ist, war der Preis immer noch 62 K. Und da hat man immer gesagt, daß der Bauer derjenige ist, der die Leute ausbezogen hat. In der Großstadt gibt es eben Kreise, die ein Interesse daran haben, die ganze Schuld an der Teuerung dem Bauernstand in die Schuhe zu schieben; das geschieht systematisch, damit die Handlungen der großen Kriegsgewinner in der Stadt verdeckt werden (Sehr richtig!) und die Bauern müssen den Sündenbock spielen für diese Großkapitalisten.

Die Futtermittelzentrale hat wirklich etwas aus dem Auslande bezogen, besonders aus Ungarn, das ja auch mehr oder minder Auslandsgebiet war. Sie hat vor allem Heidekraut aus Ungarn bezogen, wobei einige Leute der Zentrale ziemlich arg verdient haben sollen, diese Leute sollen auch schon entlassen worden sein. Die Futtermittelzentrale, und zwar die Abteilung für Heu und Stroh war schuld daran, daß der Schleichhandel so blühen und das Heu nur zu wahnwitzigen Preisen von Händlern gekauft werden konnte; denn auf legalem Wege war es den Besitzern von Rindern und Pferden nicht möglich, Heu zu bekommen.

Ein eigenes Kapitel bildet die Obst- und Gemüsezentrale. Was auf diesem Gebiete im Vorjahre geleistet wurde, spottet jeder Beschreibung. Die Höchstpreise für Kraut und Falmrüben betrugen 40, beziehungsweise 30 K, obwohl wir eine Ernte hatten, wie sie noch nie da war. Die Bahnen konnten die Transporte kaum bewältigen, die Stadt Wien war mit Kraut und Gemüse vollgestopft, das weiß ich aus eigener Erfahrung und die Wiener Sauerkrauthändler können diesbezüglich ein Lied singen. Hinsichtlich der Qualität wurde von der Gemüsezentrale kein Unterschied gemacht und so wurde alles mögliche, ohne Rücksicht auf die Qualität, zur Verladung gebracht. Die Beschlagnahme von Kraut und Gemüse war ebenso ein Hauptfaktor der teuren Preise dieser Produkte, wie es beim Heu und Stroh durch deren Beschlagnahme der Fall war. Die Preise würden nie so hohe gewesen sein, wenn nicht die zentrale Bewirtschaftung gewesen wäre. Ich will nur folgendes Beispiel anführen. Kraut und Falmrüben kosteten 40, beziehungsweise 30 K und waren im Überfluß vorhanden, so daß die Bahnen die Transporte kaum bewältigen konnten. Endlich ging die Regierung daran, die Beschlagnahme dieser Gemüsesorten aufzuheben. Die Folge war, daß das Kraut sofort einen Preis von 10 bis 20 K erreichte und die Falmrüben konnten wir nicht einmal um 6 h pro Kilogramm verkaufen. Wir hatten also, wie gesagt, einen Überfluß an Waren, wir hatten aber auch an anderem Überfluß, nämlich an Krautinspektoren, die in großer Anzahl hinausgeschickt wurden und nicht wußten, was anfangen. Würde die zentrale Bewirtschaftung nicht bestanden haben, so würden die offiziellen Preise viel niedrigere gewesen sein. Durch die Institution der Krautinspektoren, durch die Beschlagnahme von Gemüse usw. ist es dazu gekommen, daß die Schleichhändler die Gelegenheit benutzt und für Kraut zum Beispiel im Schleichhandel 70 und 80 h verlangt und erhalten haben. Wie die Beschlagnahme abgeschafft wurde, wurde es für den Konsum besser, die Preise sind gesunken.

Unter einem Hauptmangel leidet die Landwirtschaft hinsichtlich des Kunstdüngers. Wir wissen alle, daß Deutschösterreich keine Kunstdüngerfabriken hat und daß es an den nötigen Rohstoffen fehlt. Ich erkläre ganz offen, die Landwirtschaft wird nicht in der Lage sein, zu wirtschaften, wenn wir nicht besser mit Kunstdünger beliefert werden, sei es von dem Inlande, sei es von dem Auslande. Es wird nicht mehr lange dauern und wir werden wieder zur Dreifelderwirtschaft zurückkehren müssen, wie sie vor 30 und 50 Jahren bestanden hat, wenn wir nicht den entsprechenden Kunstdünger zur Verfügung gestellt erhalten. Man sollte doch glauben, daß, wenn schon Mangel an Kunstdünger und Roh-

stoffen herrscht, wenigstens mit den wenigen vorhandenen Rohstoffen bei uns hausgehalten werde.

Damit komme ich jetzt auf die Knochenzentrale zu sprechen. Die Knochen wurden gesammelt. Wir haben in Niederösterreich eine Knochenstampfe, diese steht aber heute leer und hat keine Verarbeitungsmöglichkeit, weil man es ihr verboten hat. Hingegen haben wir eine Knochenzentrale und diese hat in Kammersdorf ihre große Knochenstampfe, die überfüllt ist. So ist es leider der Fall gewesen, daß Kammersdorf vor ein paar Wochen die Knochen nicht nehmen konnte. Wir leiden alle unter dem Mangel an Kunstdünger und Knochenmehl und da wurden 1200 Waggons Knochenmehl nach der Tschecho-Slowakei geschickt. (*Rufe: Hört! Hört!*) Ich frage Sie, glauben Sie, daß wir auch nur ein Stäubchen Knochenmehl von der Tschecho-Slowakei jemals wieder zurückbekommen werden? So verkehrt man mit unserer Landwirtschaft. Ist denn da nicht das Verlangen berechtigt, daß so manche Zentralen zum Verschwinden gebracht werden müssen? Würden wir unsere geringen Rohstoff- und Knochenmengen, die sicherlich etwas Leim, Kunstdünger und Seife liefern würden, in erster Linie der Landwirtschaft zur Verfügung stellen, würden wir den freien Handel haben, seien Sie versichert, nicht ein Beindel würde in die Tschecho-Slowakei hinüberkommen. Dafür verlange ich auch unbedingt, daß die Knochenzentrale aufgelöst werde.

Es wurde uns auch versprochen, daß die Raufuttermittelzentrale aufgelöst werde. Sie muß aufgelöst werden, denn das liegt im eminenten Interesse der Bevölkerung. (*Zustimmung.*)

Und nun noch etwas von der Lederzentrale. Als im Vorjahre der Zusammenbruch war, dachte man, daß nun doch Leder frei werden dürfte. Was haben wir aber erlebt? Die Bevölkerung hat kein Leder erhalten.

Ich bin der Sache nachgegangen und habe mich erkundigt, und da wurde mir gesagt, es wird inventiert und inventiert. Die Sache schaut so aus, als ob die Herren vor lauter Inventieren nicht fertig werden würden. Wie ist es möglich — ich stelle diese Frage — daß man im Schleichhandel Leder genug erhalten konnte? Einerseits mußten die Häute zu den Höchstpreisen abgeliefert werden. Die Höchstpreise hatten wir, aber das Leder hat man um diesen Höchstpreis nicht bekommen, sondern man mußte dafür das Sechsz- bis Siebenfache bezahlen. Es wurde uns auch gesagt, daß die Landwirtschaft mit Leder beliefert werde. Dazu erlaube ich mir ein kleines Beispiel vorzuführen, wie die Landwirtschaft mit Leder beliefert wurde. In meinem Lagerhaus erhielt ich am 5. April 1919 149 Kilogramm Schwarzblaukleder. Das sollte auf zwei große Gerichtsbezirke verteilt werden. Ich habe mir die genaue Statistik zu Hilfe genommen und

dabei könnten Gemeinden nur mit einem Kilogramm Leder beteuert werden. Weiters wurde der Landwirtschaft, dem Lagerhaus Tulln, drei Partien Leder zugewiesen im Gesamtgewichte von 1963 Kilogramm. Das sollte auf drei Gerichtsbezirke verteilt werden. Dazu mußte ich extra drei Waggons nach Wien hereinschicken, und als ich fragte, warum ich dreimal separat senden muß, hat es geheißt, daß dieses Leder erst aufgefunden worden sei. Meine Herren, was ist in dieser Lederzentrale für eine Wirtschaft? Wir verlangen auch von seiten der Landwirtschaft, daß eine Zentrale, die eine solche Wirtschaft treibt, ehestens aufgelöst werde und verschwinde. *(Zustimmung.)*

Hohes Haus! Jetzt komme ich zu einer anderen zentralen staatlichen Bewirtschaftung, das ist die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt. Gestatten Sie, daß ich da kurz etwas voranschicke. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß es bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln eine gewisse staatliche Bewirtschaftung noch weiter geben muß. Wir Landwirte können vielleicht im guten Falle unsere gesamte Bevölkerung in Deutschösterreich fünf bis sieben Monate versorgen. Was würde die Folge sein, wenn diese ganze Bewirtschaftung frei werden würde? Der Bemittelte könnte sich auf zwei bis drei Jahre versorgen, die Minderbemittelten aber, die breiten Massen der Bevölkerung, würden in zwei bis drei Monaten nach der Ernte sicherlich kein Stück Brot mehr zu essen haben. Was verlangen wir? Wir verlangen die Reorganisation der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, weil wir Bauern zu einer Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in ihrer heutigen Zusammensetzung nie und nimmer Vertrauen haben können. *(Zustimmung.)*

Wir verlangen in erster Linie, daß die Aufbringung als solche die Bauernschaft, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, in die Hand nehmen, denn die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt als solche hat sich mehr oder weniger bei der Landwirtschaft das Recht erworben, daran denken zu können, daß die Bauern zu ihr Vertrauen haben, besonders in ihrer jetzigen Zusammensetzung. Aber wir verlangen noch etwas: wir verlangen den Ausbau des landwirtschaftlichen Beirates in der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt. Unseren Landwirten und Bauern ist das nicht mehr alles eins. Wir wollen doch einmal wissen: Was geschieht mit unseren Artikeln? Was machen die Herrschaften mit denselben? Das ist eine Kardinalforderung von uns. Es geht ja nicht an, auf der einen Seite zu sagen, der Landwirt muß liefern und auf der anderen Seite hat die gesamte Bevölkerung nichts zu essen. Wir Bauern haben also ein berechtigtes Interesse, das zu wissen, was mit unseren Artikeln geschieht.

Wie ich schon gesagt habe, ist das Ansehen der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in ihrer heutigen

Zusammensetzung bei den Bauern vollständig verbraucht und es kann eigentlich nicht anders sein, wenn Sie sich die diesbezüglichen Verordnungen über die Aufbringungsprämien anschauen; das ist der allergrößte Unsinn. Nach jeder Ernte wurde von seiten jeder Regierung, beziehungsweise von seiten jeder Bezirkshauptmannschaft eine Aktion eingeleitet zur Erreichung eines Frühdrusches. Was haben nun die Bauern zum Lohne für den Frühdrusch erhalten? Sie haben zum Lohne erhalten, daß sie nach der Ernte schlechtere Preise bekommen haben; daß ihnen Bezugsscheine auf weniger Meie ausgestellt wurden als den anderen Bauern, so daß die Bauern sich sagen müssen: Ich habe alles stehen und liegen gelassen und habe sofort zu dreschen angefangen; derjenige aber, der erst im November oder Dezember gedroschen hat, hat höhere Preise bekommen.

Weiters muß ich noch auf eine andere Sache zu sprechen kommen, nämlich auf die Kartoffelverordnung. Die Kartoffelverordnung im Vorjahre, wie sie bei uns erlassen worden ist, war mehr oder weniger ein Verbrechen an der gesamten Bevölkerung. Die Engländer und Franzosen hätten für ihre Zwecke diese Verordnung nicht besser zusammenbringen können. Ich möchte dafür ihnen ein kleines Beispiel vorführen. Im Monat August war der Höchstpreis für Kartoffel 1 K und ist dann heruntergesunken bis auf 20 h. Was ist die natürliche Folge davon? Daß so mancher Bauer seine Kartoffel, wenn sie auch noch unreif waren, schon im Monat August herausgerissen hat, damit er einen höheren Preis erhalte. Ich will Ihnen da folgendes Beispiel geben: 1 Foch Kartoffel bei einem Ertragnisse von 1500 Kilogramm im Monat August ergibt eine Einnahme von 1500 K. Würde der Bauer gewartet haben, was im Interesse der Allgemeinheit höchst notwendig gewesen wäre, bis zum Monat Oktober, so würde er einen Zuwachs von 15 Meterzentnern gehabt haben, der Gesamt-ertrag würde 3000 Kilogramm gewesen sein, und für diese 3000 Kilogramm hätte er 600 K eingenommen. Das können Sie von einem Landwirt doch nicht verlangen, daß er den Monat August, wo er seine Arbeitskräfte und auch seine eigene Person besser ausnutzen kann, weil die Tage noch länger sind, zu dieser Arbeit verwende und daß er dann im Oktober 900 K weniger einnimmt. Jeder, der von der Landwirtschaft etwas versteht, muß zugeben, daß es nicht alles eins ist, ob ein Acker zwei bis drei Monate früher oder später von der Frucht befreit wird. Das hat auch die besten Folgen für das nächste Jahr, wo man mit einem entsprechenden Ertrag rechnen kann.

Mit einem Wort, die ganze zentrale Bewirtschaftung ist alles eher als produktionsfördernd, sondern vielmehr produktionshindernd. Es hat weiter diese Getreideverkehrszentrale mit ihrer Verordnung

über die Getreidebewirtschaftung als solche ein Kunststückchen zusammengebracht; das Kunststückchen war nämlich, daß die Getreideanbaufläche entschieden geringer wurde. Der Bauer hat nämlich dieser Getreideanbauwirtschaftung kein Verständnis entgegengebracht, weil sie für ihn nicht einträglich war, denn der Getreidepreis im August war ein solcher, daß der Bauer, wenn er keine andere Bewirtschaftung betrieben hätte, nicht einmal auf seine eigenen Produktionskosten gekommen wäre. Es haben sich daher die Bauern mehr oder weniger auf den Gemüsebau geworfen, in manchen Gegenden sogar, wo man dies früher gar nicht kannte, wurde Zwiebel und Mohn selbstmäßig angebaut.

Sie sehen, man hat einerseits das Kunststück zusammengebracht, daß die Anbaufläche geringer geworden ist, allein die Zentrallen haben — darauf hätte ich beinahe vergessen — auch noch das Kunststück zustandegebracht, daß die Inlandspreise in keinem Verhältnis zu den Auslandspreisen gestanden sind. Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt hat nämlich Preise gezahlt, die in keinem Verhältnis zu dem Auslandspreise gestanden sind. Das kann gewiß keine richtige Preispolitik sein, und von einer gesunden Volkswirtschaft kann man da entschieden nicht sprechen.

Ich verweise auf die neunziger Jahre, wo der Weizen 8 Gulden, 16 K gekostet hat. Das war eigentlich die schlechteste Zeit, nicht nur für den Bauernstand, sondern auch für die Arbeiter und die Gewerbetreibenden, das war die Zeit, wo ein großer Teil unserer landwirtschaftlichen Betriebe zugrunde ging, das war diese Zeit, wo das amerikanische Getreide als Ballast für die Schiffe ausgeführt worden ist. Damals haben auch die Landwirte die Frage aufgeworfen: 8 Gulden für den Weizen? Da kann ein Bauer nicht mehr existieren! Es wurde natürlich geantwortet: Der Weizenpreis richtet sich nach dem Weltmarktpreis. Wir stehen nun auch auf dem Standpunkt: Der Inlandspreis muß sich bei der Getreidebewirtschaftung immer annähernd dem Auslandspreis anpassen. Es kann nicht mehr so fortgehen, wie es bisher der Fall war.

Hohes Haus! Wie die Engländer erklärt haben, daß derjenige den Krieg gewinnen wird, der den letzten Laib Brot zur Verfügung hat, hat sich auch unser Staat angeschickt, die Getreidebewirtschaftung in die Hand zu nehmen. Wir Bauern waren der Meinung, daß der Staat die Getreidebewirtschaftung selbst in die Hand nehmen wird. Das war leider nicht der Fall. So wurde die Kriegs-Getreidegesellschaft gegründet.

Die Söhne Israels stellten Geld und ihre Kenntnisse zur Verfügung. (Abgeordneter Stricker: Bringen Sie Zahlen vor und nicht allgemeine Verdächtigungen!) Ja, ich werde welche bringen, ich

stehe zur Verfügung. (Abgeordneter Stricker: Die Krautinspektoren waren auch Juden!) Die würden sich schön bedanken.

**Präsident:** Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Buchinger:** Selbstverständlich waren es diejenigen Herrschaften, die auch im Frieden das Interesse am Getreidegeschäft gehabt haben und sie haben auch gar nicht daran gedacht, daß ihnen während des Krieges dieses Geschäft aus der Hand genommen wird. Und so waren es vorwiegend Juden, die in der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt mehr oder weniger diktatorisch herrschten. Schauen Sie sich die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt an, Sie werden vorwiegend Juden dort finden. (Abgeordneter Stricker: Das ist doch nicht richtig!) Gewiß. (Abgeordneter Stricker: Sie fallen Ihnen halt nur so unangenehm auf; da sehen Sie sie in der Überzahl!)

**Präsident:** Ich muß noch einmal bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Abgeordneter **Buchinger:** Ich möchte mich sehr kurz fassen. Ich will den Herrn nicht weiter aufregen. Aber ich will nur diese Wirtschaft der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt etwas näher beleuchten und Ihnen sagen, daß die Landwirte im Tullner Bezirk vor zwei Monaten Hafer um 50 K abgeliefert haben und die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt hat diesen Hafer, der bei uns im Lagerhause gelegen ist, als Saathafser um 89 K 50 h ausgegeben. Das war eine Differenz von 39 K 50 h. Das ist nach meinen Begriffen die reinste Preistreiberei. (Abgeordneter Stricker: Da haben Sie sehr recht; da hätte sich die Regierung darum kümmern sollen!) Sie hat es aber nicht getan.

Die Angestellten der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, die Beamtenschaft und Dienerschaft und ihre Familienangehörigen, haben im Herbst die entsprechende Menge von Kartoffeln bekommen. Das war in der Zeit, wo in Wien pro Person und Woche ein halbes Kilogramm zur Verteilung gelangten.

Ich kann hier ganz ruhig sagen, ich werde auch die Adresse nennen — vielleicht war es ein Christlichsozialer — der Herr Max Rohu, Wien, II., Mohrengasse, war es, wo wir die Kartoffeln waggonweise hinfahren mußten. (Abgeordneter Stricker: Nennen Sie doch auch die anderen Adressen!) Es wurde sogar ersucht, wir mögen nur vorsichtig sein, weil es für den eigenen Gebrauch sei und nur schöne Ware liefern.

Ich geniere mich auch gar nicht, den Namen Suchs zu erwähnen, das ist der Sekretär des



ehemaligen Direktors der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, der die Schiebereien im großen durchgeführt hat. 20 Waggon Mehl wurden von diesem Fuchs an die Kuranstalten zu 10 K zur Verfügung gestellt und geliefert. Glauben Sie, daß in diesen Kuranstalten die breiten Massen der Bevölkerung Unterkunft finden? Ich glaube nicht. (*Bravo!*)

Sie sehen, daß speziell diese leitenden Personen die Schuld an der ganzen Sache haben. Wenn wir sehen, daß bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt 20.000 Fälle liegen, die mit den Kommissionären und Mühlen nicht glatt abgerechnet sind, darunter sogar Fälle bis zu 10.000 K, dann sollen wir zu einer solchen Institution noch Vertrauen haben? Das können Sie nie und nimmer von uns verlangen. Ich verstehe auch nicht, daß man den Mut aufbringen kann, eine solche Wirtschaft, wie sie dort betrieben wird, noch zu verteidigen. (*Abgeordneter Stricker: Es verteidigt sie ja niemand!*) Oh, gewiß! Es muß so weit kommen, daß die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt unbedingt reorganisiert werden muß, daß auch die Landwirte, die ihre Produkte im Schweiß ihres Angesichtes der Erde abringen müssen, nicht nur bei der Aufbringung, sondern auch bei der Verteilung ein Wort dreinzureden haben, im Einvernehmen mit den Konsumenten. (*Zustimmung.*) Brauchen wir denn ein Zwischenglied, das sich zwischen uns, die Erzeuger, und die anderen einschleibt, die sich ihr Stückchen Brot mit der Brotkarte kaufen müssen? Ich glaube, daß wir diese Elemente ebenfalls ausschalten können. Ich sage ganz offen: wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt als solche bestehen bleiben soll, daß sie aber nicht in ihrer heutigen Zusammensetzung weiter existieren darf, sondern reorganisiert werden muß, damit sie ihre Pflicht gegenüber unserem braven deutschen Volke voll und ganz erfüllt. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Thanner; ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Thanner:** Hohes Haus! Obwohl uns eigentlich gestern vom Herrn Staatssekretär schon ein Riegel vorgehoben wurde, so daß eine ganz besondere Courage dazu gehört, dieses Thema noch einmal zu besprechen, so will ich es, da ich mir einmal das Prinzip angeeignet habe: Due Recht und scheue niemand, dennoch wagen, ein paar Worte hierzu zu sprechen; ich will mich jedoch, da die Sache wirklich schon genügend erörtert worden ist, sehr kurz fassen.

Ich bin natürlich kein Gegner der Ablieferung, wohl aber ein Gegner dieser Zentralen. Daß diese Zentralen nicht nur für uns Bauern, sondern auch für die Konsumenten sehr schädlich sind, das will

ich in kurzen Worten darlegen. Ich habe schon gesagt: Wir wollen ja abliefern; wir Bauern sind nicht die, die etwa nicht wissen, daß auch die anderen Menschen ein Anrecht auf das Leben und auf die Stillung ihres Hungers haben. Wir sind gewiß nicht dagegen, daß jeder sein tägliches Brot bekommt. Wir sind nicht so, daß wir nicht das Stückchen Brot, das wir heute auch nur mehr in ganz mäßiger Menge genießen, mit allen anderen teilen wollten. Wir haben zum Teil selbst schon Hunger gelitten, damit unsere Mitmenschen auch das nötige Brot haben, und wir sind, nachdem wir auch Arbeiter sind — und ich ganz besonders ein Arbeiter bin — bestrebt, zu erreichen, daß alle Menschen zu gleicher Zeit, wenn es schon sein muß, Hunger leiden, aber auch zu gleicher Zeit einmal etwas zu essen haben.

Ich habe nur deshalb das Wort ergriffen, weil ich sehe, daß es so viele Menschen gibt, diese oberen Zehntausend, die in Wöllerei leben können, während Tausende und Tausende, besonders in den Großstädten, in Wien, ruhig verhungern können. Um diesem Übel abzuwehren, möchte ich den Rat erteilen, es nicht für richtig zu halten, mit dieser Zentralwirtschaft weiter fortzufahren und nicht zu glauben, wie man das in der Wienerstadt tut, daß diese Wirtschaft die einzige Hilfe für die Bevölkerung ist; nein, sie bringt gerade die entgegengesetzte Wirkung hervor. Wir wollen ja liefern, wir sträuben uns nicht, wir wollen das Möglichste tun. Aber nicht in einer so verkehrten Art und Weise, wie dies heute geschieht, daß wir Bauern gezwungen sind, unsere Ochsen 5, 6 und 7 Jahre zu halten und sie nicht weggeben können, weil wir infolge der durch die Zentralen verhängten Sperre keinen Nachwuchs von auswärts haben.

Das ist eben das Glend, daß dadurch so viel Fleisch verloren geht, daß wir, weil wir keinen Zuwachs haben, unsere fetten Ochsen immer wieder einspannen müssen und das Fleisch, anstatt daß es von den Menschen verzehrt werde, von den Tieren heruntergeschunden werden muß. Wo ich lebe, gibt es Ochsen mit 1500 Kilogramm und noch schwerere und wenn wir diese liefern könnten, würden wir viele Kälber, die wir zu liefern gezwungen sind, ersparen und unser Viehstand würde sich derart erhöhen, daß wir in einem Jahre um 20 Prozent mehr Vieh haben könnten. Dann würden wir ausgiebigeres Fleisch haben, dann hätten die Konsumenten wirklich ein gutes Fleisch und nicht Fleisch von diesen Kälbern, das eigentlich kein Rindfleisch und kein Kälbernes ist, so daß nur eine Weindsuppe daraus gemacht werden kann.

Die Konsumenten müssen unter dieser Wirtschaft leiden und die Bauern bringt man mit diesen Lieferungen geradezu um ihre Existenz. Auf diese Weise ist es nicht möglich, zu unserem früheren Vieh-

stände zu kommen, denn es ist gerade so, als ob man das Gras abmähen würde, bevor es aus der Erde herauskommt. Es gibt andere Mittel. Es muß auf den Bauer Rücksicht genommen werden und man muß das verkehrte Lieferungsweisen aufgeben. Es darf nur das schwere, das gemästete Vieh und nicht das Jungvieh hergenommen werden. Man wirft ja den Bauern vor, daß sie die sogenannten Turtentälber schon verkaufen, das kann aber gar nicht anders sein. Denn wenn der Bauer so ein Kalb abspinnt und ein Jahr auffüttert, so nimmt er um 30, 40 oder 50 fl. weniger ein, als für das Turtentalb. Da ist es ganz natürlich, daß die Bauern mit der Viehzucht aufhören müssen, weil sie das ganze Interesse daran verlieren. Auf diese Weise geht es nicht. Aber nicht nur, daß wir viel Vieh ersparen würden, auch die hohen Fleischpreise hängen unbedingt damit zusammen, denn wenn wir viel Vieh haben, muß der Preis sinken. Es ist daher selbstverständlich, daß, wenn uns in dieser Beziehung geholfen werden würde, der Preis erniedrigt werden könnte. Den Konsumenten würde dadurch auf doppelte Weise geholfen sein: erstens bekämen sie eine bessere Qualität an Fleisch und zweitens würden sie dasselbe auch billiger beziehen können. Dem Bauer aber wäre damit noch mehr geholfen, weil er dann wieder mit der Viehzucht anfangen und seinen Viehstand dadurch heben könnte. Das hätte aber noch eine weitere Folge. Hat der Bauer mehr Vieh im Stalle, so hat er auch mehr Dünger. Alles das steht aber mit der Hebung der Landwirtschaft im Zusammenhange.

Es ist ein Irrtum, meine Herren Sozialdemokraten, wenn Sie glauben, daß die Zentralen unbedingt notwendig sind, um den Hunger zu stillen. Im Gegenteil, sie wirken schädlich, sie wirken geradezu in gegenteiliger Richtung. Diese Zentralen müssen unbedingt aus der Welt geschafft werden, wenn man unserem Volke zu Hilfe kommen will. Da komme ich auf den Gedanken, den einst Christus ausgesprochen hat: An den Früchten werdet Ihr sie erkennen. Für die Abschaffung der Zentralen sind nicht diejenigen, die für das allgemeine Wohl der Menschen besorgt sind, sondern unsere Feinde, das sind diejenigen, die nur für die oberen Zehntausende sich kümmern, die dem Schleichhandel Tür und Tor öffnen wollen. Daß der Schleichhandel besonders bei den Zentralen am meisten ausgeübt wird, kann ich zehnfach behaupten, besonders wenn ich bei kleinen Gemeinwesen anfangen. Ich weiß bestimmt, daß bei der Butterzentrale oft nur die Hälfte von dem für die Konsumenten abgegeben wird, was durch die Bauern geliefert wurde. Das meiste geht in den Schleichhandel; wer die Sachen in Händen hat, bereichert sich daran, und die Allgemeinheit muß Not leiden. Noch ärger ist es bei der Fleischversorgung. Von einer Kuh im Gewichte von

500 Kilogramm wurden im ganzen 30 Konsumenten mit Fleisch abgesehen, das andere ging in den Schleichhandel, und ich muß aufrichtig sagen, daß ich selbst eine solche Sünde begangen habe, indem ich hier und da ein Kilogramm Fleisch schwarz gekauft habe, um den doppelten Preis, weil ich auch Wirt bin, damit ich etwas Fleisch zum Auspeisen habe. (Heiterkeit.) Das ist nur ein Beispiel in kleinem Maßstabe, im großen verhält es sich genau so. Wir sehen also, wie gefährlich die Zentralen für die Allgemeinheit sind, denn oft wird nicht einmal die Hälfte zum vorgeschriebenen Preise verkauft und der übrige Teil zum fünffachen Preise. Davon kommt es auch, daß Vieheinkäufer, die vor dem Kriege nicht einmal ein Kalb auszahlen konnten, heute nach den schönsten Bauernhäusern fragen und ihnen beinahe keines gut genug ist, um es zu kaufen. Gewöhnlich hat man sich nicht sehr genau darum umgesehen, was für Leute sich mit dem Vieheinkauf befaßten; ich habe einen gekannt, der schon mehrere Jahre Zuchthaus hinter sich hatte, aber er war dadurch tüchtig, daß er über die Bauern herfiel und ein Bauernschinder war. Solche Leute hat man vom Militär enthoben, auf Charakter oder Ehrlichkeit wurde gar nicht geschaut. Da ist es kein Wunder, wenn diese Elemente nicht nur den Bauer, sondern auch den Konsumenten beschwindeln, und dieser Schwindel ist daran schuld, daß so viele Menschen Hunger leiden. Hätten wir eine gerechte Verteilung dessen, was der Bauer liefert, so wäre der Hunger schon halb gestillt.

Ich möchte nun noch auf die Getreidezentrale kommen. Da ist der Krebschaden, daß das Getreide, sobald es geschnitten ist, gleich gedroschen und in einem Magazin auf einen Haufen zusammengeschüttet wird, so daß es dort dem Verderben ausgesetzt ist. Es mag in manchen Jahren vorgekommen sein, daß mehr Getreide verdorben ist, als verzehrt wurde. Das hat gewiß seinen besonderen Grund, denn es gibt immer Elemente, die für das Zusammenschütten sind, und ich kann nicht glauben, daß die Herren, welche die Leitung dieser Dinge haben, aus Dummheit so vorgehen; das mag vielleicht in der ersten Zeit der Fall gewesen sein, aber nicht mehr nach fünf Jahren. Wenn man das Getreide zusammenschüttet und verfaulen läßt, so daß es den Konsumenten nicht zugeführt werden kann, so steckt da eine gewisse Absicht dahinter, nämlich die, das Getreide den großen Branntweimbrennereien zuführen zu können. Dasselbe ist ja auch bei den Kartoffeln geschehen, von denen man ganze Büge wochenlang in der Kälte hat hin- und herreisen lassen und wo man absichtlich solange gebraucht hat, bis alle erfroren waren, worauf man sie einer Brennerei zur Branntweinerzeugung zulassen konnte. Auf diese Weise geht man vor und dann sagt man, die ganze Welt leide Hunger. Die Lebensmittel aber richtet

man absichtlich zugrunde, denn dieses Vorgehen kann, wie gesagt, nicht auf lauter Dummheit beruhen.

Ich bin auch nicht mit der neuen Art einverstanden, wie man das Getreide in den Lagerhäusern aufschüttet. Es bleibt sich schließlich gleich, ob das Getreide im Magazin oder im Lagerhaus verdirbt, aber das beste Lagerhaus ist der Getreidekasten des Bauern. Da sollen nur die Kommissionen kommen und uns vorschreiben: das ist dein Teil und das übrige muß abgeliefert werden, aber das Getreide soll bei jedem Bauern im Getreidekasten liegen bleiben, dort wird es gewiß nicht dem Verderben ausgesetzt sein und wird nicht nur dem Bauern, sondern auch dem Konsumenten zugute kommen.

Als ich in dieses Haus einzog, war mein erster Antrag der auf Abschaffung der Zentralen. Leider habe ich bisher nichts erreicht. Ich hätte mich nie bewegen lassen, in den alten Reichsrat einzutreten, denn ich wußte ja, daß er in Wirklichkeit kein Reichsrat war, sondern nur ein blauer Dunst für die Untertanen, damit sie glauben mögen, sie hätten ein Recht. Aber jetzt, nach dieser Umgestaltung der Welt, habe ich mich in der neuen, vielversprechenden Republik wohl etwas darnach gesehnt und habe mir gedacht, jetzt wird die Zeit kommen, daß man endlich einmal die Wahrheit reden darf, jetzt möchte ich auch einmal im Reichsrat sein und bin auch wirklich hereingekommen. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Und jetzt bin ich auch da! (*Erneute lebhaftige Heiterkeit.*) Aber so selten habe ich Gelegenheit, das Wort ergreifen zu können und die Wahrheit zu reden. Alle meine Sehnsucht nützt mir nichts. Wie lange habe ich mich schon gesehnt, zum Worte zu kommen. Aber wieviel wird geredet, wie schön wird geredet, und ich soll zu all dem nichts sagen können. Ja, es braucht eine Worts-gewalt, bis man so weit kommt, daß man auch ein bißel dreinreden kann, besonders so ein kleiner Mann, wie ich. Jetzt, wo ich es so weit gebracht habe, kann ich sagen, daß ich mich großartig auf die freiheitliche Republik verlassen, daß ich mir vorgestellt habe, jetzt sei endlich die Zeit gekommen, wo die Wahrheit zum Durchbruch kommt, wo der Volkswille durchdringt, wo die Gesetze aus dem Volke hervorgehen werden, ja, da bin ich auch dabei.

Jetzt aber sehe ich, daß von den Bauern so selten die Rede ist. Einmal hat man sich des Bauernstandes erinnert, als von der Wasserfahrerei die Rede war. Da hat man gesagt, von der nassen Wiese soll man das Wasser in die trockene überleiten. Das wäre eine leichte Sache, die wir Bauern selbst verstanden, zu der wir kein Parlament gebraucht hätten, um uns in dieser Weise abrichten zu lassen. Ich glaube, wenn die Wiese nicht bergan geht, befinden wir uns schon selbst, daß wir das Wasser dorthin leiten, wo wir es brauchen. Und

noch einmal hat man sich des Bauernstandes erinnert — bei meiner Seele, jetzt fällt es mir ein (*Lebhafte Heiterkeit*) —, bei der Brotsteuer; da war man mehr als zufrieden, da sind aber auch wir sehr zufrieden gewesen, daß Sie an uns gedacht haben. Seit dieser Zeit aber hat man wieder von uns nichts gehört. Deshalb geht es mir wirklich wieder sehr zu Herzen, daß man sich heute wieder mit den Bauern beschäftigt. Nach meiner Ansicht ist der Bauernstand der einzige, der in der Lage ist, alle Menschen zu ernähren, vor dem ein jeder Mensch den Hut abziehen und in ihm seinen Nährherrsinn begrüßen soll; daher müßte man trachten, ihn auf einer hohen Stufe zu erhalten, daß er blühe und gedeihe. Nur von einem blühenden Bauernstand würde die ganze übrige Menschheit leben; der ganze Staat und was drum und dran hängt, ist vom Bauernstand abhängig. Ich sage nicht, daß der Bauernstand der einzige Stand ist, der für die Welt notwendig ist. Ich weiß, daß alle Stände notwendig sind, daß alle die Räder in sich greifen müssen, da sonst die Welt nicht bestehen könnte. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß der Bauernstand der erste und notwendigste Stand ist und jeder Mensch die heiligste Pflicht hat, vor allem zu trachten, daß der Bauernstand in der Lage ist, sich des Unterganges zu erwehren vor dem wir stehen.

Wir müssen uns klar werden, in welcher trauriger Lage wir uns heute befinden. Wir stehen nahe dem Abgrund. Man muß in Betracht ziehen, daß wir unsere Dienstboten nicht mit 100 bis 150 K abspesen können, wo heute ein ganz minderwertiges Kleidungsstück schon 500 K kostet. Wir müssen unsere Dienstboten anders entlohnen, und das ist nicht so einfach.

Dazu kommen noch die Steuern, die wir jetzt bezahlen müssen. Die Herren werden die neuen Steuerbogen schon bekommen haben und Herren, die früher vielleicht 40 bis 50 fl. Einkommensteuer bezahlt haben, zahlen heute 400 oder 500 K. Das wird so weitergehen. Nachdem der Staat verarmt ist, werden die Steuern immer noch höher werden, und dann kommt noch die liebe Brotsteuer. Der Bauer steht nun auf dem Standpunkt, wenn wir nicht alle zusammenwirken und dem Bauernstand unter die Arme greifen, so geht er zugrunde. Dabei darf man nicht vergessen, daß dann nicht nur die Bauern zugrunde gehen, sondern auch die Arbeiter, die Beamten und die Juristen. (*Ruf: Auch die Wirte!*) Alle. Die heilige Pflicht jedes Menschen ist es, daran zu denken, den Bauernstand auf eine hohe Stufe zu bringen, weil damit alles übrige im Zusammenhang steht.

Ich möchte jetzt nur noch kurz die Anträge erwähnen, die ich eingebracht habe und die sich auf den Bauernstand beziehen, welche aber bis

heute noch im Papierkorb liegen. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Mein erster Antrag betraf die Zentralen, ein anderer betraf die Preisgestaltung. Diesbezüglich habe ich nämlich auch einen Antrag eingebracht. Die Preisgestaltung ist ein furchtbares Unrecht, wenn man in Betracht zieht, daß ein Bauer für eine ganz schöne Kuh 700 oder 800 fl. einnimmt und dann, wenn er sich eine kaufen will, 4000 fl. hergeben muß. Das Glück ist nur, daß man heute um 4000 fl. auch keine mehr kriegt. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Man wirft dem Bauer immer vor, daß er sich im Kriege keine Säcke gefüllt hat und reich geworden ist. Wenn einer zum Beispiel 20 oder 30.000 fl. Geld hat, so glaubt man, daß er mit diesem Gelde, weiß Gott, was leisten kann. Aber mit 20 oder 30.000 fl. kann man heute gar nicht viel ausrichten. Wenn der Bauer seinen Stall herichten läßt und vielleicht ein paar Kühe einstellt, ist er ohnehin gleich wieder die halbe Bude schuldig. Warten wir nur noch einige Jahre, dann werden wir sehen, daß die meisten Bauern wieder in Schulden stecken. Wenn es mit der Wirtschaft so fort geht, wie heute, dann wird man überhaupt in fünf Jahren keinen Bauern mehr sehen.

Ein weiterer Antrag, den ich eingebracht habe, betrifft die Schutzwehr und die Einführung des Milizsystems. Über das habe ich mich schon viel geärgert, weil wir Bauern nirgends Schutz haben. In meiner Gegend ist der Fall vorgekommen, daß man gleich das ganze Hauspersonal in einem Hause umgebracht hat. Zehn Minuten von meiner Heimat hat man das ganze Personal umgebracht und die Leichen dann auf einem Leiterwagen weggeführt. Das ist Tatsache. In einem anderen Falle, der auch in meiner Nähe vorgekommen ist, wurde das ganze Hauspersonal in ein Zimmer zusammengetrieben, dort eingesperrt und dann das ganze Haus ausgeplündert. Wir haben nirgends einen Schutz. Wir haben zwar unsere verstärkte Gendarmerie und die Volkswehr, aber der Bauer hat durchaus keinen Schutz. Diese Leute scheinen nur dazu da zu sein, um aufzupassen, ob der Bauer nicht vielleicht zum Beispiel seine Hühner mit Weizen füttert. Ja, der Bauer wird von allen Seiten überwacht und überall sind Aufpasser, aber darum, daß auch der Bauer geschützt wird, kümmert sich niemand. Daher habe ich den Antrag eingebracht, daß das versprochene Milizsystem eingeführt werde. Es ist doch den Wählern auch von den Sozialdemokraten versprochen worden, daß das Milizsystem nach dem Schweizer Muster eingeführt wird. Denn die heutige Volkswehr kostet viel Geld und ist schließlich eigentlich nicht viel wert. (*Heiterkeit.*) Das wird man nicht abstreiten können. Man hat das aber ganz verkehrt gemacht, wie wir ja überhaupt heute in einer verkehrten Welt leben. Wie es heute

sogar in der Natur ganz verkehrt zugeht, so daß wir im Mai noch Handschuhe brauchen und im Winter keinen Schnee haben (*Erneute Heiterkeit*), so geht es auch in unserer Wirtschaft zu. Anstatt daß man uns Schutz gewährt, ist man hergegangen und hat die Soldaten- und Arbeiterräte zu einer solchen Macht erhoben, daß man wirklich zur Verzweiflung kommt und sagen muß: Jetzt kenne ich mich nicht mehr aus, regiert uns der Soldatenrat oder die Regierung? (*Heiterkeit.*) Heute haben die Soldaten- und Arbeiterräte die ganze Macht in der Hand und die anderen müssen aufpassen, was der anschafft. Wenn die sagen, du mußt mehr hergeben, so muß man es tun, sonst machen sie Spektakel und untersuchen das Haus vom Keller bis zum Dach. Und wehe, wenn sie bei dem Bauer mehr an Getreide finden, als die Kopfquote beträgt! Ich kann Euch garantieren, daß überhaupt kein einziger Mensch von der Quote lebt und leben kann. Aber dem Bauer schreibt man es vor, der soll von der Quote leben (*Heiterkeit*) und da schickt man uns die Soldatenräte hin, die sollen alles wegnehmen, was der Bauer über die Quote hat.

Nun möchte ich wissen: was ist heute der Bauer, für was schaut man den Bauern an? Der ist der ärmste Sklave von der Welt. Er war früher schon, vor dem Krieg, der Sklave, das kann kein Mensch leugnen. Es wird ihm aber vorgeworfen: ja, der Bauer ist der Wucherer; wenn die Zentralen aufgehoben würden, dann würde sofort alles teurer! Ich kann Euch schwören, aus meinem Hause ist noch kein Kilo Butter über 6 fl. hinausgekommen. (*Zwischenrufe.*) Ja, es gibt viele solche ehrliche Bauern! Aber wenn man immer sagt, der Bauer ist der Preistreiber, so möchte ich darauf verweisen, daß der Bauer doch ein solider Mensch ist, wenn er 100 Kilo schönen Weizen für eine Spule schlechten Zwirns hergibt. Das muß er tun, er muß ein paar Mezen Weizen hergeben, damit er Zwirn dafür bekommt. Wenn aber einer sagt: ich gebe dir für den Sack Getreide so und so viel, so ist das ja auch keine Schande. Ich möchte wissen, wer so bescheiden ist und sagen würde: nein, das nehme ich nicht an! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Wir waren niemals die Preismacher für unsere Produkte, wir waren es nie und werden es nie sein. Daß wir die Säcke mit Banknoten angefüllt haben, erklärt sich daraus, daß das Geld keinen Wert hat. Was wollen Sie denn heute damit machen? Mir wären meine Kühe zehnmal lieber, als der Sack voll Zettel, denn die geben keine Milch, davon habe ich nichts. Ich verzichte auf dieses Geld, ich habe heute gar keine Freude mit dem Geld. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Mir wäre es viel lieber, wenn ich den Stall voll Kühe hätte. Wenn der Bauer ein Preismacher gewesen wäre, so wäre er nicht

sein Leben lang so dumm gewesen und hätte das Kilo Butter jeinerzeit um 60 kr. verkauft, den Mehl um 2 fl., wobei er noch drei Stunden weit gefahren ist, und ebenso den Meterzentner Weizen um 3 fl. Wenn der Bauer hätte rechnen können, so hätte er sich nicht von früh morgens bis in die späte Nacht geschunden und die Sache um die Hälfte des Wertes verkauft. Es war nie eine Existenz für den Bauer. Wenn er vier oder fünf Kinder gehabt, wenn er sich sein Leben lang geschunden und auf seine alten Tage sein Anwesen übergeben hat, so ist nichts anderes übrig geblieben, als daß, wenn jedes Kind eine Kleinigkeit bekommen soll, der letzte das Haus ganz verschuldet übernimmt. (*Zustimmung.*) Das ist eine sehr traurige und unwürdige Lage für einen Stand, der alle anderen Menschen mit seinem Brot beteiligt.

Diese Zustände müssen aufhören. Ich bin mit der Einsetzung eines 21gliedrigen Ausschusses nicht einverstanden. Je eher, desto besser, man muß möglichst bald mit dieser Wirtschaft der Zentralen abfahren, die gleich schädlich ist für den Bauer, für den Beamten, für den Arbeiter, kurz für alle Stände. Ich bitte Sie, dafür einzutreten, daß diese jüdische Zentralenwirtschaft so schnell als möglich aus der Welt geschafft werde. (*Beifall und Händeklatschen.*)

**Präsident:** Zu einem formalen Antrage hat sich zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Schiegl.

Abgeordneter **Schiegl:** Ich beantrage Schluß der Debatte. (*Bravo!*)

**Präsident:** Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich werde abstimmen lassen und bitte die Plätze einzunehmen.

Ich bitte jene Mitglieder, welche für Schluß der Debatte sind, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschlecht.*) Angenommen.

Zum Worte gemeldet sind noch: pro die Herren Abgeordneten Dr. Schmid, Partik, Steinegger, Dr. Gimpl, Luttenberger, Hojch, Klug, Kunzschak und Rittinger. Kontra ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte die Herren Prozedner, sich auf einen Generalredner zu einigen. (*Rufe: Partik!*) Es wird mittels Zuruf der Herr Abgeordnete Partik nominiert. Wenn kein Widerspruch erfolgt, sehe ich von einer formellen Wahl ab. Erfolgt ein Widerspruch? (*Rufe: Nein!*) Dann ist der Herr Abgeordnete Partik zum Generalredner auserkoren und ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Abgeordneter **Partik:** Hohes Haus! Durch den in Beratung stehenden Antrag soll der erste Schritt auf einem Wege getan werden, der uns allmählich in normale Verhältnisse führen soll. Unsere gesamte Volkswirtschaft liegt gänzlich darnieder. Hunderttausende von Arbeitern sind beschäftigungslos. Zehntausende von kaufmännischen Angestellten müssen die staatliche Arbeitslosenunterstützung beziehen und Tausende wertvoller, intelligenter kaufmännischer Kräfte sind durch die zentrale Bewirtschaftung zur Untätigkeit verurteilt, Kräfte, welche durch ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten, zum neutralen Ausland und zu den Überseeestaaten Verbindungen hätten, durch welche sie in der Lage wären, uns die zur Wiederaufrichtung unseres Gewerbes und unserer Industrie nötigen Rohstoffe zu vermitteln. Es wird wohl niemand im Hause sein, der ernstlich der Meinung ist, daß es dauernd so fortgehen kann, daß die Geschäfte von Regierung zu Regierung gemacht werden, und ich glaube, daß auch niemand ernstlich der Meinung ist, daß wir auf die Dauer unsere Einfuhr durch eine staatliche Kontrollstelle werden regeln können.

Es wird immer darauf hingewiesen, daß der Stand unserer Valuta es uns verbiete, den freien Handel in das Erwerbs- und Wirtschaftsleben wieder einzuführen. Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Wenn wir so lange mit der Einfuhr von Rohstoffen warten wollen, bis sich unsere Valuta gehoben hat, dann gehen wir gänzlich zugrunde. (*Sehr richtig!*) Ich bin der Meinung, daß alle die Leute, die früher mit dem Auslande Geschäfte gemacht haben, wenn sie ihre Beziehungen aufnehmen, sich die Valuta werden verschaffen können, sie werden auch den nötigen Kredit bekommen, sie werden ihn vom Auslande bekommen. Es war immer der Handel, der die Völkerverbündung herbeigeführt hat, und der Kaufmann wird der erste sein, der die Beziehungen zu den anderen Staaten wieder aufnehmen müssen.

Es kann jeder Staat nur so viel Rohstoffe verarbeiten, als er dafür Menschen zur Verfügung hat. Und England wird nur so viele Rohstoffe verarbeiten können, als ihm bei seinen 45 Millionen Einwohnern möglich ist. Daher wird England unter gar keinen Umständen so viele Rohstoffe selbst verarbeiten können als auf seinen Kolonien produziert werden. Die Warenbesitzer in den Kolonien werden also einen solchen Überschuß an Waren — und er besteht bereits — recht gern auch in Österreich absetzen, namentlich in Österreich, wo sie auch schon früher ihr Absatzgebiet hatten. Genau so, wie wir unter dem Kriege leiden, weil wir eingeschlossen sind, leiden auch unsere Feinde, leidet namentlich ihr Handel, weil es ihm nicht möglich ist, seinen Überfluß an Rohstoffen auszuführen. Ich bin überzeugt, daß der englische Kaufmann, der früher sein

Absatzgebiet in Deutschland oder Österreich hatte, so wie wir darauf wartet, daß endlich die Schranken fallen, um sein Geschäft wieder aufnehmen und sein Absatzgebiet wieder beliefern zu können. Unter diesen Umständen wird es, da doch ein gewaltiger Preisunterschied bei den verschiedenen Rohstoffen zwischen Österreich und den Produktionsplätzen besteht, viele Händler geben, die ihre Rohstoffe gern auch auf Kredit abgeben. Auf diese Weise kann uns nur der Handel zu den nötigen Rohstoffen verhelfen. Wenn aber gerade in diesem Hause von dem Handel immer so gesprochen wird als ob es überhaupt nur mehr Schleihändler, Kettenhändler und derlei Leute gäbe, dann wird wohl niemand mehr viel Lust aufbringen, in diesem Staate seine Geschäfte zu betreiben, besonders da es ja gerade bei uns in Deutschösterreich, und namentlich in Wien hauptsächlich auf den Handel ankommt, ob Wien eine große Stadt wird bleiben können oder nicht. Denn gerade der Handel wird es sein, der trachten muß, durch die Wiederbelebung des Erwerbs- und Wirtschaftslebens die Stadt Wien als Haupt- und Handelsstadt wieder herzustellen.

Es wird auch immer so viel von der Verschlechterung der Valuta durch die Einfuhr von Luxusgegenständen gesprochen. Ich bin selbstverständlich nicht dafür, daß alles frei eingeführt werden kann, was der eine oder der andere gerade einführen will. Hier kann eine Regelung eintreten, aber sie muß so geschehen, daß von vornherein festgestellt wird, welche Artikel nicht eingeführt werden dürfen. Denn auch bei der Einfuhr von Luxusartikeln ist nicht alles geeignet, unsere Valuta zu verschlechtern. Ich verweise da auf einen Artikel, der im Jahre 1913 im Deutschen Reiche in großer Menge eingeführt wurde und auch als Luxusartikel deklariert war. Es waren dies Pelzwaren. Im Jahre 1913, also vor dem Kriege, wurden in das Deutsche Reich um 70 Millionen Mark Pelzwaren eingeführt. Diese Pelzwaren wurden im Deutschen Reich konfektioniert, es wurde daraus der ganze Bedarf Deutschlands gedeckt und überdies um 100 Millionen Mark konfektionierte Pelzwaren ausgeführt. Auf diese Weise wurde die Valuta gehoben, weil man sich dadurch um 100 Millionen Mark auswärtige Zahlungsmittel verschafft hat. Nun haben wir in Wien eine Reihe von Großhändlern, die auch solche Luxusgegenstände führen.

Wenn wir zum Beispiel aus der Schweiz oder aus Frankreich Seide einführen würden, würden wir ganz gewiß unsere Valuta nicht verschlechtern, denn unser Seidenhandel in Wien hat Gelegenheit, diese Seide, wenn sie hier konfektioniert und dadurch unsere Bekleidungsindustrie wieder belebt wird, die Fertigfabrikate nach dem Balkan, nach Serbien, Rumänien oder nach Galizien und der Ukraine zu verkaufen. Nur auf diese Weise kann

ich mir eine Wiederbelebung unserer Volkswirtschaft vorstellen. Daher kann es unter gar keinen Umständen angehen, daß dieses System der staatlichen Bewirtschaftung unter so strenger Kontrolle weiter aufrecht erhalten wird.

Es wurde vorgestern von Frau Freundlich in ihrer Rede zugegeben, daß die zentrale Bewirtschaftung de facto Schiffbruch gelitten hat. Sie hat diesen Ausspruch damit begründet, daß hier eine bürokratische Wirtschaft war und die Menschen, die zur Verfügung stehen, noch nicht für die Durchführung dieses Systems geeignet sind.

Nachdem sich aber die Leute in den Zentralen nicht geändert haben und dort noch immer dieselben Gestalten und Gesichter zu sehen sind, so glaube ich, daß wir gar keine Veranlassung haben, noch weiter an diesem System festzuhalten. Sicher ist aber, daß durch die zentrale Bewirtschaftung eine Reihe von Lebensmitteln zugrunde gegangen sind. Ich erinnere nur an die vielen hundert Waggons Kraut, das in den Kellereien in Pilsen und Budweis eingelagert wurde und dort zugrunde gegangen ist, und auf gleiche Weise sind eine Reihe auch anderer Artikel verdorben.

Es wurde hier auch von den Kartoffeln gesprochen. Meine sehr verehrten Frauen und Herren! In diesem Jahre wurden in Wien überhaupt nur mehr viermal Kartoffeln ausgegeben und diese Kartoffeln haben sich in einem Zustande befunden, daß man eigentlich sagen konnte, sie seien für den menschlichen Genuß nicht mehr geeignet gewesen. Obwohl aber nur eine so geringe Menge von Kartoffeln der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden konnte, und obwohl dadurch klipp und klar dokumentiert ist, daß dieses System versagt hat, hält man noch immer zähe daran fest, und gerade in Ihren Kreisen, meine verehrten Herren, in den Kreisen der sozialdemokratischen Partei, die, wie man meint, vor allem die breiten Massen schützen sollte, wird dieses System und diese Preispolitik, die hier betrieben wird, verteidigt. Ich möchte mir auf die Preispolitik verweisen, die Sie schon im Jahre 1915 betrieben haben und die zur Folge hatte, daß wir einen so schlechten Viehstand haben, worüber der Staatssekretär für Volksernährung erst vor einigen Tagen hier gesprochen hat. Ich habe einer Sitzung der handelspolitischen Kommission beigewohnt, bei welcher von den Landwirten und Fachleuten eine Viehpreiserhöhung in ganz geringem Ausmaß verlangt wurde, die aber damals unter gar keinen Umständen zugesagt wurde. Die Folge war, daß unmittelbar darauf allwöchentlich 900 bis 1000 Rinder aus Böhmen nach Ungarn verkauft wurden. Dasselbe erleben wir jetzt in Kärnten. In Kärnten bestehen so niedrige Viehpreise, daß von dort Rinder nach Italien verkauft werden. (Hört!) Wir leiden also hier Hunger, treiben aber eine Preispolitik, die

jeden einzelnen Warenbesitzer zwingen muß, zum Schleichhändler zu werden.

Ebenso war es bei der Preiserstellung für Brotgetreide. Wenn voriges Jahr der Brotgetreidepreis mit 55 K festgesetzt war, dann darf man doch nicht verlangen, daß der Bauer wirklich abliefert; man züchtet derart geradezu die Schleichhändler. Wenn der Bauer, der sein Produkt zu einer Zeit um 55 K abliefern soll oder muß, wo der Weltmarktpreis auf 300 K gestanden ist, und er ein Paar Schuhe mit 200 K bezahlen und für ein Hufeisen 6 K hergeben muß, kann man doch nicht verlangen, daß er seine Produkte restlos zur Ablieferung bringt.

Dieselbe Erfahrung haben wir voriges Jahr bei einem anderen sehr wichtigen Lebensmittel gemacht. Böhmen hatte im Vorjahre eine glänzende Pflaumenernte, es wurden dort zirka 10.000 Waggons Pflaumen geerntet. Davon sind in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember nach Wien nur 117 Waggons geliefert worden. Wir hatten hier einen Preis von 60 h für ein Kilogramm Pflaumen festgesetzt und hatten durch eine Verordnung vorgeschrieben, daß diese Zwetschen nicht geschüttelt und nicht geschüttelt zur Verladung kommen dürfen, sondern daß es gepflückte Zwetschen sein müssen. Die Bauern haben sich selbstverständlich um diesen Preis nicht die Zeit genommen, die Zwetschen zu pflücken und die Folge war, das die paar Waggons Zwetschen, die hereingekommen sind, verfault und verdorben waren. Wir haben uns darüber beschwert und da hat ein Herr vom Volksernährungsamt gesagt: Das gibt es nicht, die Zwetschen müssen gepflückt werden, das steht in der Verordnung. (Heiterkeit.) Die Bauern haben sie natürlich nicht gepflückt und nicht geschüttelt, sondern sie haben sie abfallen lassen und haben für die abgefallenen Pflaumen von den Spiritusbrennereien 2 K für das Kilogramm bekommen. Unsere Frauen in Wien, die vorsorgen wollten, daß sie für den Winter etwas zu essen haben, mußten ganze Tagreisen machen, sie mußten bis Amstetten hinausfahren und dort für ein Kilogramm Zwetschen 4 K bezahlen.

Durch diese Preispolitik haben wir der Bevölkerung nicht gedient, denn wir haben gesehen, daß ganze Büge hinausfahren mußten — es war überhaupt nur mehr ein Hin- und Herfahren — und daß dadurch ein ganzes Volksvermögen an Zeitverschwendung zugrundegegangen ist, daß die Wiener Hausfrauen, wenn sie zwei Eier brauchten, eine Fahrt bis nach Tulln unternehmen mußten, daß die Bauern, wenn sie Schnürriemen brauchten, zum Stefansplatz hereinfahren mußten, um sich dort von dem Buben, der an der Ecke steht, Schnürriemen zu besorgen. Das hat früher der Handel besorgt und er wird es wieder besorgen, wenn er wieder eingeführt sein wird und dann werden die

Leute tatsächlich wieder zu ihrer Arbeit schreiten können.

Es muß einem das Herz weh tun, wenn man täglich sieht, wie dies auch in Wien der Fall ist, daß die Straßenbahn überlastet und überfüllt ist nur von Frauen und Männern, die fort und fort zum Einkauf fahren, weil man die zentrale Bewirtschaftung auch in Wien möglichst eingezogen hat, wenn man sieht, daß sich die Leute in der Großmarkthalle anstellen müssen, um eventuell diese 25 Dekagramm Fleisch oder Speck zu bekommen.

Der Herr Staatssekretär für Volksernährung hat gesagt, daß das amerikanische Fleisch, das hier eingeführt wurde, nicht an den Mann gebracht werden konnte und daß dadurch die Schleichhandelspreise tatsächlich schon auf 50 oder 56 K herabgesunken sind. Daraus geht schon hervor, wie notwendig es ist, daß wir endlich die Schleusen öffnen und die Waren hereinströmen lassen. Nur dadurch bauen sich die Preise ab; denn die ganzen Käufe, die vom Publikum gemacht werden, sind Angstkäufe. Wenn aber die Bevölkerung einmal weiß, daß sie tatsächlich mit Waren versorgt wird, dann hören die Angstkäufe auf. Wir sehen das jetzt schon beim Mehl. Da die Leute wissen, daß sie pro Kopf und Woche einen halben Kilo Mehl bekommen, haben sich auch die Schleichhandelspreise schon ermäßigt. Es wird auch niemand mehr einfallen, wenn er mit Sicherheit auf ein halbes Kilogramm Mehl pro Woche rechnen kann, noch ein Kilogramm Mehl um 24 K zu kaufen. Daher gibt es zur Lösung dieser Frage nichts anderes als Zufuhr, komme sie von woher immer.

Unsere Valuta oder unsere Geldentwertung oder der Umstand, daß man unsere Krone draußen nicht so hoch wertet, ist darauf zurückzuführen, daß hier das Erwerbs- und Wirtschaftsleben darniederliegt. Deswegen schenkt man unserem Gelde kein Vertrauen und wertet es auch nicht entsprechend. Nur wenn man wissen wird, daß hier wieder gearbeitet und geschafft wird, dann werden wir Private draußen auch wieder Kredit bekommen und nur so ist es möglich, aus dieser furchtbaren Situation, in der wir uns befinden, wieder herauszukommen.

Es wurde vorgestern von Frau Freundlich gesagt und auch der Herr Abgeordnete Friedmann hat einen ganz konkreten Fall angeführt, wo jemand in der Lage gewesen wäre, aus dem Auslande amerikanisches Fett zum Preise von 21 österreichischen Kronen einzuführen. Frau Freundlich hat das bestätigt, sie hat gesagt, daß dieser Mann auch im Volksernährungsamt dieses Offert unterbreitet hat und daß man ihm die Einfuhr nicht bewilligt hat, weil er verdienen wollte.

Ja, meine sehr verehrten Herren, eine Viertelstunde früher hat uns der Herr Staatssekretär für

Volksernährung gesagt, daß es furchtbar schwer ist, Lebensmittel einzuführen, da der Schwund so groß ist, daß so viel gestohlen wird; er hat gesagt, daß sogar von Zügen, die vom Balkan heraufkommen und die von englischen Soldaten begleitet sind, ganze Waggons gestohlen werden. Ja, glaubt denn der Herr Staatssekretär und Frau Freundlich oder das ganze Volksernährungsamt, daß für den Kaufmann nicht auch diese Risiken bestehen und daß der Kaufmann, weil er gesagt hat, er will daran verdienen, schon die Bewilligung, dieses Fett einzuführen, nicht mehr erlangen soll? Nur nicht so kleinlich sein, meine Herren, lassen Sie nur Ware hereinführen, wir haben ja doch ein Kontrollorgan und es besteht ja auch noch die Preistreibeiverordnung; wenn sich also der Kaufmann, der das Fett um 21 K eingeführt hat, erlauben sollte, dasselbe teurer zu verkaufen, als jetzt hier das amerikanische Fleisch von Ihnen abgegeben wird, so wird man ihn zur Verantwortung ziehen, er wird nachweisen müssen, wie er den Preis erstellt hat. Aber daß er im vorhinein schon, noch bevor er dieses Fett in Wien hat, im Ernährungsamt einen bestimmten Preis dafür sagen soll, das ist nicht möglich. Und ich halte es für einen großen Fehler von seiten des Ernährungsamtes, wenn man solche Privatofferte einfach zurückweist, weil sie von einem Händler gekommen sind und man dabei voraussetzt, daß er bei diesem Geschäfte etwas verdienen will. Ich meine, es wird doch niemand glauben, daß es einen Kaufmann geben kann, der heute ein Geschäft, bei dem er vielleicht Millionen riskiert, nur darum machen will, damit die Bevölkerung hier genug Fett habe; er ist immer der Meinung, daß er dabei etwas gewinnen wird, und das ist auch das treibende Element beim Handel. Aber es sorgen schon andere dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, und auch die Regierung hätte ja die Mittel in der Hand, um zu verhindern, daß das Schweinefett, welches dieser Kaufmann für 21 K hereingebracht hätte, teurer verkauft wird, als das amerikanische Schweinefleisch, welches jetzt die Regierung um 30 K abgibt. Außerdem aber ist noch dabei zu bemerken, daß, wenn dieser Kaufmann das Fett um 21 K eingeführt hätte, gewiß noch der eine oder der andere gekommen wäre, der das Fett um 18 oder um 15 K offeriert hätte. Das ist ja eben dasjenige, was pretsregulierend wirkt. (Zustimmung.) Wenn aber das Staatsamt für Volksernährung auf dem Standpunkt steht, daß niemand Schweinefleisch einführen darf, so lange die staatliche Bewirtschaftung noch 5 Kilogramm davon da hat, dann werden wir den Preis nicht abbauen. Wir haben es übrigens auch hier erlebt, daß die Staatsregierung mit dem Preis für das amerikanische Fleisch heruntergehen mußte, weil sie es sonst nicht angebracht hätte, und wenn ein Privater

dieses Fleisch eingeführt hätte, hätte er dasselbe tun müssen; aber auch ein Privater hätte aus Geschäftshunger, sicherlich in der Hoffnung, bei diesem Fleischgeschäfte Geld zu verdienen, Fleisch eingeführt, und wenn er gesehen hätte, daß zuviel zusammenkommt und daß er um 40 K das Fleisch nicht anbringt, so hätte er getrachtet, mit einem blauen Auge davonzukommen und hätte sofort den Preis herabgesetzt; das andere noch schwimmende oder aurollende Fleisch hätte auch billiger angeboten werden müssen, trotzdem es noch nicht hier war, und so hätte der Preis abgebaut werden können.

Wenn wir aber zur Bewirtschaftung unserer Industrie und des Gewerbes der Bevölkerung die Waren nur eßlöffelweise zur Verfügung stellen, dann werden wir unsere Wirtschaft nie auf die richtige Höhe bringen. Wir haben schon bei der Sachdemobilisierung gesehen, welche Freude unsere Gewerbetreibenden gehabt haben, als es geheißsen hat, daß alle die Vorräte der Heeresverwaltung gesammelt und an die Gewerbetreibenden werden abgegeben werden. Es hat sogar geheißsen, daß Vorräte in solcher Menge vorhanden sind, daß unsere Gewerbetreibenden drei Jahre damit Beschäftigung finden würden. Aber wir sehen, daß sie heute nicht zu arbeiten anfangen können, weil sie nichts bekommen, und außerdem wird dadurch nur die Protektion gefördert. Es gibt nur gewisse Betriebe oder gewisse Unternehmer, denen man diese Artikel zur Verfügung stellt.

Es hat Frau Freundlich auch für notwendig befunden, trotzdem es nicht zur Sache gehört, die Gemeindebeamten in die Debatte hereinziehen; sie sagte, daß diese Herren, die im Bezirkswirtschaftsamt ihre Tätigkeit entfaltet haben, sich auch nicht bewährt haben und daß überhaupt die Gemeindeverwaltung bei der Lebensmittelversorgung versagt hat. Demgegenüber möchte ich doch hier konstatieren, daß solange eine zentrale Bewirtschaftung noch nicht war und die Gemeinde noch die Möglichkeit hatte, freihändig Waren anzukaufen, sie dies in ausgiebigstem Maße getan hat. Es wurden zum Beispiel noch vor dem Jahre 1915 von der Gemeinde 4500 Waggons Mehl angekauft und aus diesem Mehl hat die Gemeindeverwaltung wiederholt den Städten Graz und Triest ausgeteilt. (Abgeordneter Schiegl: Damals war noch nicht der Krieg mit Italien!) Aber solange die zentrale Bewirtschaftung noch nicht bestand, war es eben möglich. Wie aber einmal die Höchstpreise festgesetzt wurden, sind die Waren Wien im Bogen ausgewichen und auch der Gemeinde Wien und dem Bürgermeister war es nicht mehr möglich, etwas freihändig zu erwerben. Solange es aber möglich war, hat er reichlich Vorsorge getroffen. Die Gemeinde Wien hat weiter 1300 Waggons Zucker angekauft, und wenn wir, während in den Ländern



draußen oft durch viele Monate hindurch kein Zucker ausgegeben werden konnte, in Wien doch Zucker zur Verfügung hatten und die Marken eingelöst werden konnten, so war das darauf zurückzuführen, daß der Bürgermeister aus den Vorräten der Gemeinde Wien Zucker für die Wiener Bevölkerung ausgegeben hat. Weiters wurden 188 Waggon's Kaffee eingeführt, das sind mehr als sechs Eisenbahnzüge, und von diesem Kaffee wird jetzt noch an die Bevölkerung abgegeben.

Es ist also reichlich vorgesorgt worden, und unsere Beamten vom Magistrat, die vom Bürgermeister in das Bezirkswirtschaftsamt berufen wurden, verdienen die höchste Anerkennung. Sie haben in voller Pflächterfüllung ihren Dienst versehen. Im Bezirkswirtschaftsamt ist es nicht vorgekommen, wie bei den Zentralen, daß man hingekommen ist und niemand angetroffen hat. Im Bezirkswirtschaftsamt haben Sie um 8 Uhr morgens Auskunft bekommen und um 9 Uhr abends haben Sie die Herren noch bei ihren Schreibtischen gefunden. Zum mindesten waren sie befähigter oder gewissenhafter bei der Konserbierung der Waren, denn bei der Gemeindeverwaltung ist nicht so viel zugrunde gegangen wie bei den Zentralen, und zumindest haben sie nicht so viel Schund angekauft, wie von den Zentralen tatsächlich eingekauft wurde. (*Abgeordneter Schiegl: Das städtische Kraut in den Petroleumfässern!*) Dieses städtische Kraut in den Petroleumfässern ist der Gemeinde Wien von der Zentrale zugewiesen worden. Es ist in Budweis gelegen und ein ganz gewissenloser Mensch hatte es in Holland angekauft, ohne sich darum zu kümmern, in welchen Gebinden dieses Kraut verladen wurde. Darum beklagen wir es ja, daß man den Handel nicht herangezogen hat. Ein Fachmann würde es niemals zulassen, daß ein so wichtiges Lebensmittel, wie es das Kraut ist, das wir in Wien so notwendig brauchen, in Petroleum- oder Tintenfässern verpackt wird. Weil aber niemand ein Interesse daran hatte, deswegen sind Hunderttausende von Waggon's Ware zugrunde gegangen, nur wegen der Interesslosigkeit; es hat sich niemand darum gekümmert, jeder hat seine Pflicht erfüllt, wenn er bloß den Akt unterschrieben hat. Wenn der Statthalter an den Bezirkshauptmann eine Weisung gegeben hat, so hatte er seine Pflicht erfüllt. Der Bezirkshauptmann hat die Weisung an die Gendarmerie und die Bürgermeister hinausgegeben und hat auch seine Pflicht erfüllt; und wenn der Bürgermeister austrommeln ließ, daß am nächsten Dienstag zwei Waggon's Kartoffeln auf den Bahnhof geführt werden müssen, so hat er auch seine Pflicht erfüllt. Die Bauern haben die Kartoffeln nun hingeführt, aber die Waggon's waren nicht hinbestellt, die Kartoffeln wurden in Schnee und Regen abgeladen und sind verfault, sind als Volksnahrungsmittel zugrunde gegangen. (*Zwischen-*

*ruf des Abgeordneten Schiegl.*) Ich nehme niemanden aus. Ich will Ihnen nur sagen, daß für den Kaufmann alle diese Schwierigkeiten nicht bestanden haben und nicht bestehen würden. Der Kaufmann würde jedes Hindernis beseitigen, um sich vor einem Verlust zu bewahren oder um seinen Verdienst, den man ihm immer so vorhält, nicht zu schmälern. Er würde trachten, daß die Waggon's früher dastehen, und erst dann, wenn sie da sind, würde er zu den Bauern gehen, und die würden ihm liefern. Es ist gar keine Frage, daß der Kaufmann auch die Säcke, die notwendig sind, um diese wichtige Ware vor dem Verderben zu schützen, beibringt. Wir haben gesehen, was für Lebensmittel auf dem Wiener Ostbahnhof in verdorbenem Zustand angekommen sind. Wenn die Bevölkerung das gesehen hätte, hätten wir sie nicht zurückhalten können, die Empörung wäre eine derartige gewesen, daß es zu Aufständen gekommen wäre. Ich war Augenzeuge, wie fünf Waggon's Paradeiser in einer Zeit, wo man in Wien nichts zu essen hatte, am Ostbahnhof angekommen sind, und die Waggon's wie Rudeisiebe geronnen sind. Es hat sich kein Mensch darum gekümmert, in welchem Zustand diese Paradeiser angekommen sind. Es hat sie auch niemand abgeführt.

Endlich eines schönen Tages ist von der Zentrale an das eine Institut eine Anweisung gekommen, man hat einen Wagen aufgenommen und hinausgeschickt; auf diesem Wagen sollten die Paradeiser abgeführt werden. Der Fuhrmann kommt nun mit einem Kohlenwagen (*Heiterkeit*), die Paradeiser waren à la rinfusa, das heißt lose geschüttet, verladen, nicht in Körben. Die Fuhrleute fingen also an, aufzuladen und schaufelten die Paradeiser in den Kohlenwagen.

Als sie eine halbe oder eine Stunde gearbeitet hatten, kam erst ein Beamter und konstatierte, daß das nicht geht, daß er die Paradeiser nicht übernehme. Nun hat der Kohlenkutscher die mit Kohlenstaub vermengten Paradeiser wieder in den Waggon zurückgeschaufelt, den man wieder geschlossen hat. So sind tausende Waggon's Waren zugrundegegangen. (*Abgeordneter Schiegl: Das gebe ich zu!*) Und Sie geben das zu! Da müssen wir doch sagen: Wir müssen eine Änderung in diesem System eintreten lassen. (*Zwischenrufe.*) Wir wissen, daß alle diese Schwierigkeiten während des Krieges bestanden haben, aber für den Kaufmann hätte es diese Schwierigkeiten nicht gegeben. Mir ist ein Obsthändler bekannt, der sein Obst mittels Begleitpersonal — natürlich keine Volkswehränner — hierher gebracht hat, er hat es aber nicht in Stadlau stehen lassen, sondern getrachtet, daß er es noch nach Wien hereinbringt. Er hat dort auch, wie das schon geht, mit dem Berschieber ein deutsches Wort gesprochen (*Heiterkeit*)

und der Verschieber hat ihm halt seinen Waggon hinausgeschoben und um 9 Uhr früh war die Ware auf dem Markte, wurde zum Verkaufe angeboten und war dem Verderben nicht preisgegeben. So muß diese Ware behandelt werden. Wenn wir aber wissen, daß das alles verjagt hat, dann dürfen wir nicht so zähe daran festhalten. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß wir alles das, was noch bleiben muß, weiter bestehen lassen sollen, jedoch unter einer Umformung, unter Heranziehung der Landwirtschaft und des Handels. Aber alles das, was überflüssig und schädlich ist, muß doch beseitigt werden. Unser Kampf geht ja nur gegen diese Auswüchse. (*Abgeordneter Schiegl: Die bekämpfen wir ja auch!*)

Aber Frau Freundlich hat gestern gesagt, daß wir unsere Ansicht in der Auffassung der Bekämpfung der Zentralen geändert haben. Im Ausschuß hat sie nämlich gesagt, daß die zentrale Bewirtschaftung ein Stück der Sozialisierung sei (*Abgeordneter Heint: Die Basis für die Sozialisierung!*) — die Basis der Sozialisierung — und daß wir unsere Ansicht geändert haben. Nein, sie hat gestern ihre Ansicht geändert, nicht wir, aber recht hat sie, daß die zentrale Bewirtschaftung ein Stück des kommunistischen Programmes ist — das ist gar kein Zweifel — und dieses Programm ist in Rußland restlos bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt worden. (*Widerspruch.*)

Meine Herren! Es ist durchgeführt worden und wir lesen jetzt, daß die Sowjetregierung in Rußland bereits verfügt hat, daß der freie Handel wieder eingesetzt werde, und daß sie verordnet hat, daß der freie Verkehr, sei es per Bahn, per Schiff oder auf den Chausseen, nicht behindert werden darf, und käme diese Behinderung von wo immer. Wir haben also ein Beispiel, daß dort, wo man wirklich frei verfügen konnte, wo man das Programm zur Gänze verwirklichen konnte, ein Fiasko gewesen ist, daher wollen wir es nicht so weit kommen lassen. (*Abgeordneter Heint: Bei uns ist auch ein Fiasko!*) Bei uns ist es schon da, aber man soll es wenigstens zugeben und endlich eine Änderung eintragen lassen.

Daher bitte ich Sie, meine sehr verehrten Frauen und Herren, trachten Sie, daß wir aus den Verhältnissen, in denen wir uns befinden, baldmöglichst herauskommen, daß unser Gewerbe und unsere Industrie ohne Zeitverlust und mit allen Kräften baldmöglichst ihre segensreiche Tätigkeit wieder beginnen können. Ich bitte Sie um die Annahme der vorliegenden Anträge. (*Beifall und Händeklatschen.*)

**Präsident:** Das Schlußwort hat der Herr Referent.

Berichterstatter **Kollmann:** Hohe Nationalversammlung! Da gegen die Anträge als solche von niemandem eine Einwendung erhoben wurde und alle vorgebrachten Einwendungen anderer Natur von den verschiedenen Rednern widerlegt wurden, verzichte ich auf das Wort und bitte um die Annahme der Anträge. (*Beifall.*)

**Präsident:** Wir werden abstimmen. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Es liegen folgende Anträge des Ausschusses vor:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

I. Die Regierung wird aufgefordert, den Abbau der kriegswirtschaftlichen Zentralen, soweit ihr Bestand sich nicht als notwendig erweist, in die Wege zu leiten.“

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Ist angenommen.

(*Liest:*)

„II. Es ist ein 21gliedriges Komitee zu wählen unter möglichster Berücksichtigung des Umstandes, daß in ihm besonders die großen Gruppen von Gewerbe und Handel, Industrie, Landwirtschaft und der Verbraucher vertreten sind, welchem die Aufgabe zufällt, die beschleunigte wirtschaftliche Demobilisierung zu überwachen und der Regierung im Gegenstande beratend zur Seite zu stehen.“

Es wurde im Laufe der Diskussion auch die Frage aufgeworfen, ob dieses Komitee aus dem Hause oder nur vom Hause zu wählen sei. Darüber enthält die Resolution nichts, aber nach der ganzen Forderung ist wohl anzunehmen, daß die Meinung des Hauses dahin geht, daß sie vom Hause zu wählen ist, wobei also auch Nichtmitglieder des Hauses berufen werden können. (*Zwischenrufe.*) Ist das nicht der Fall, hat der Ausschuß eine andere Auffassung?

Berichterstatter **Kollmann:** Das 21gliedrige Komitee ist aus dem Hause zu wählen, dafür ist es Punkt III, der dem Komitee die Möglichkeit gibt, aus dem Kreise der Interessenten Experten einzubeziehen.

**Präsident:** Gut, das gilt dann als authentische Interpretation.

Wer für den Antrag II ist, möge sich vom Sitze erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

(*Liest:*)

„III. Dieses Komitee wird berechtigt, aus den Kreisen der Interessenten den Beratungen Experten beizuziehen.“

Wer dafür ist, wolle sich erheben. (*Geschicht.*)  
Angenommen.  
(*Liest:*)

„IV. Die Resolutionsanträge des Abgeordneten Dr. Simpl:

„Die staatliche Bewirtschaftung von Heu und Stroh ist aufzuheben“ und

des Abgeordneten Buchinger:

„Die Regierung hat die Knochenzentrale ehestens aufzulösen“

werden dem 21gliedrigen Komitee zugewiesen.“

Wer diesem Antrage zustimmt, wolle sich erheben. (*Geschicht.*) Ist gleichfalls angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt. (*Bravo! Bravo!*)

Als nächster Punkt der Tagesordnung käme die Immunitätsangelegenheit, doch ist mir der Antrag unterbreitet worden, die Tagesordnung in der Weise umzustellen, daß der dritte Punkt der Tagesordnung, das Wiederbesiedelungsgesetz, voranzustellen wäre. Wird eine Einwendung dagegen erhoben? (*Nach einer Pause:*) Es ist dies nicht der Fall, es kommt daher der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, betreffend das Gesetz (115 der Beilagen) über die Wiederbesiedelung gelegter Bauerngüter und Häusleranwesen (Wiederbesiedelungsgesetz) (194 der Beilagen), zur Verhandlung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Buchinger.

**Berichterstatter Buchinger:** Hohes Haus! Es bestehen gewisse Differenzen bezüglich des Wiederbesiedelungsgesetzes und ich beantrage daher die Rückverweisung dieses Gesetzes an den Ausschuß für Landwirtschaft. Ich gebe dabei der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Gesetz vom Ausschusse ehestens erledigt wird und wir es dann einer parlamentarischen Behandlung zuführen können, damit diese Vorlage, auf deren Durchführung die gesamte Landwirtschaft und die ganze Bevölkerung schon dringt, sehr bald in der Fassung zum Gesetz wird, wie wir und die Massen des Volkes es sich vorstellen.

**Präsident:** Zum Worte gemeldet sind: Kontra der Herr Abgeordnete Schiegl, pro der Herr Abgeordnete Rittinger.

Der Herr Abgeordnete Schiegl erklärt, daß er mit Rücksicht auf den Antrag, der hier gestellt wurde, auf das Wort verzichtet. Verzichtet auch der Herr Abgeordnete Rittinger? (*Abgeordneter Rittinger: Ja!*) Er verzichtet gleichfalls. Dann ist niemand zum Wort gemeldet und die Generaldebatte ist geschlossen.

Der Berichterstatter selbst beantragt die Rückverweisung an den Ausschuß.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Ist angenommen. Der Gegenstand ist hiermit an den Ausschuß für Landwirtschaft rückverwiesen.

Ich schreite zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren: Abgeordneter Stocker als Mitglied des Ausschusses für soziale Verwaltung und Abgeordneter Angerer als Ersatzmann des Ausschusses für soziale Verwaltung. Sofern diese Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedarf diese Niederlegung der Genehmigung des Hauses. Wenn keine Einwendung erhoben wird, betrachte ich die Genehmigung als erteilt. (*Nach einer Pause:*) Es wird keine Einwendung erhoben, ich werde daher mit Zustimmung der Versammlung die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Mitglieder, die Stimmzettel abzugeben. (*Nach Abgabe der Stimmzettel.*) Die Stimmenabgabe ist geschlossen, ich werde das Skrutinium vornehmen lassen und das Resultat noch im Laufe der Sitzung bekanntgeben.

Ich bin nicht in der Lage, Tag und Stunde der nächsten Sitzung sowie deren Tagesordnung schon heute bekanntzugeben. Voraussichtlich wird sie Freitag, den 30. Mai stattfinden. Ich werde Sie aber erst im schriftlichen Wege einladen. Wird gegen diesen Antrag eine Einwendung erhoben? (*Nach einer Pause.*) Es ist nicht der Fall, es bleibt also bei meinem Vorschlage.

Das Resultat der vorgenommenen Ersatzwahl in den Ausschuß für soziale Fürsorge ist folgendes: Abgegebene Stimmzettel 84, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 43. Mit je 84 Stimmen erscheinen gewählt als Mitglied der Herr Abgeordnete Birchbauer, als Ersatzmann der Herr Abgeordnete Stocker.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 5 Uhr 15 Minuten nachmittags.**

